

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Zeitungspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,20 M., bei sonstiger Postbestellung monatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Postband für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Viertel 15.— M.

Inserate finden bei nachgeschalteter Anzeigenstelle oder deren Raum einzeln, Tagesanfangs bis 12 Uhr, das letztgedruckte Wort 1.15 M., jedes weitere Wort 65 Pf., Familien- und Organisationsanzeigen die nächsthöheren Tarifverhältnisse. 2.40 M., das letztgedruckte Wort 75 Pf., jedes weitere Wort 45 Pf., Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19  
Fernsprecher: Amt Norden 2595-90, 9768

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.  
Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

# Die Freiheit

## Berliner Organ

### Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Totengräber des deutschen Volkes.

## Der Dolchstoß von vorne.

Das deutsche Volk hat sich bisher viel zu wenig mit der Frage der Kriegsführung beschäftigt. Dieser Umstand kommt den nationalistischen Kreisen sehr zu statten. Sie halten die Kriegsführung für eine Angelegenheit der höheren Führer, über die sich das Volk als Laie kein Bild machen könne, umgeben diese höheren Führer mit dem Nimbus der Erhabenheit und halten jede Kritik geistlich von ihnen fern. So kommt es, daß in weiten Kreisen des Volkes immer noch der Glaube verbreitet ist, als sei die deutsche Kriegsführung in den besten Händen gewesen, die Generalität habe wahre Wunder der Kriegskunst vollbracht. Kein Heerführer jemals einen nennenswerten Fehler begangen, geschweige denn gar ein Verbrechen verübt, und wenn das große Ziel — der deutsche Endsieg — nicht erreicht werden konnte, so habe das lediglich an der Heimat gelegen, die dem Heer die Waffe aus der Hand geschlagen habe, niemals aber an den mangelnden Kenntnissen und Fähigkeiten jener Männer, die das Geschick des deutschen Volkes vier lange Jahre in den Händen hatten und die militärischen und besorgnisvollen Leute ihres Landes nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt gewesen waren.

Von diesem Glauben muß sich das Volk endlich frei machen, weil er den wichtigsten Nährboden für die nationalistische Propaganda bildet und einer Abrechnung mit den Tätern der alten Mächte hindert in den Weg tritt. Es ist heute nicht mehr schwer, den Nachweis zu führen, daß die Niederlage des deutschen Volkes nicht nur nicht auf die zahlenmäßige Überlegenheit seiner Gegner zurückzuführen ist, sondern daß der militärische Zusammenbruch in erster Linie verschuldet wurde durch eine in der Geschichte nahezu beispiellose schlechte militärische Führung. Die Erfolge, die während des Krieges errungen wurden, sind ausschließlich auf die Tüchtigkeit des deutschen Soldaten, auf seine Reizung zum Gehorham, seine Selbstlosigkeit und seinen Glauben an die unbedingte Unterordnung zurückzuführen. Kein Land der Welt verfügt über ein Menschennaterial, das sich so über alle Verhältnisse gut zur Kriegsführung eignet, wie das deutsche, und wenn es trotzdem in den Abgrund geschleudert wurde, so ausschließlich deshalb, weil keine Führer mit der nötigen Autorität vorhanden waren, die ihnen gestellten Aufgaben zu lösen und einen entscheidenden Sieg über die Gegner herbeizuführen.

Die Fehler und Mängel der deutschen Kriegsführung können heute auch von den Heerführern nicht mehr abgelehnt werden. So ist vor kurzem ein Buch des Generalstabes „Rückblick über die Leistungen des deutschen Generalstabes vor und während des Weltkrieges“ erschienen. Der Verfasser, lange Jahre im Großen Generalstab tätig, war während des Krieges Oberst des Generalstabes der I. Armee, später der Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Er will in seiner Schrift den Großen Generalstab von den gegen ihn erhobenen Anklagen rechtfertigen, kommt aber unversehens zu einer Verurteilung in allen Punkten, die für den Verlauf des Krieges von ausschlaggebender Bedeutung waren. Schon der Aufmarsch und die Durchführung der Operationen gegen Frankreich endeten mit einem völligen Mißerfolg. Die Marne-Niederlage brachte den deutschen Nachweis, daß die französische Führung der deutschen überlegen war. Wir hatten ein Heer, das bei Paraden, Manövern und Kaitermandövern glänzte, die Führung aber war im Mechanischen erstarrt, sie konnte Siege nach einem vorher durchdachten Plan erringen, solange nur mit Waffengewalt geschossen wurde, und sie verlor, alles, was seit 1870 erprobt und durchgemacht war, erwies sich als fehlerhaft, sobald die lebendigen Heere entscheidend aufeinandertrafen.

Der deutsche Generalstab hatte seine Operationen darauf angelegt, in breiter Front ohne Tiefengliederung voranzumarschieren, den Gegner auf der rechten Flanke zu überflügeln und ihn vernichtend zu schlagen. Die Umfassung des Gegners beherrschte die ganze Ausbildung der Armee. Die Franzosen hingegen verwendeten dieses Verfahren, sie machten es brutal und operierten aus der Tiefe, das heißt: in mehreren Reihen hintereinander, wobei sie, je nach dem Gefechtslage, Rückwärtsbewegungen vornahmen und zu bestimmten Momenten die Hauptmacht dort einziv-

## Das russische Friedensproblem.

### Ratifizierung der Kopenhagener Abmachungen.

H. N. London, 25. Februar.

O'Grady wird am Sonnabend nach Kopenhagen zurückkehren, um dort die mit Litwinow getroffenen Vereinbarungen zu ratifizieren.

### Friedensnoten der Sowjetregierung an Amerika, Japan und Rumänien.

H. N. Moskau, 25. Februar.

Die Sowjetregierung hat heute drei Friedensnoten an die Vereinigten Staaten, Japan und Rumänien gerichtet. In der Note an die Vereinigten Staaten wird auf die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaus, welche Rußland zu erfüllen hat, und auf die Vorteile, welche für beide Länder aus einer Zusammenarbeit in dieser Richtung entstehen könne, hingewiesen. Amerika wird gebeten, mitzuteilen, ob und wann Unterhandlungen beginnen können. In der Note an Japan weist die Sowjetregierung auf die russischen Prinzipien der Selbstbestimmung und auf die vielen vorangegangenen Friedensvorschläge an Japan hin. Weiter werden mit dem Hinweis auf Japans große wirtschaftliche Interessen im fernem Osten die gegenseitigen Vorteile guter Beziehungen betont und darauf hingewiesen, wie wünschenswert Friedensunterhandlungen jetzt wären. Die Note an Rumänien atmet den gleichen Geist.

### Die Bedingungen des Waffenstillstandes von Wladiwostok.

H. N. Wladiwostok, 25. Februar.

Die Bedingungen des Waffenstillstandes zwischen den Tschechoslowaken (die bisher auf der Seite der Antivolkschweisen in Sibirien kämpften) und den Sowjettruppen enthalten folgende Punkte: Eine neutrale Zone zwischen der tschechischen Kachul und der roten Vorhut. Versorgung der Tschechen mit Steinöl durch die Sowjettruppen. Auslieferung des von den Tschechen in Japan beschlagnahmten Goldes. Die Tschechen müssen sich verpflichten, die Antivolkschweisen nicht mehr gegen die Sowjettruppen zu unterstützen.

### Eine Kundgebung des Wiener Arbeiterrats.

Wien, 24. Februar.

Die „Arbeiterzeitung“ meldet: Der Wiener Arbeiterrats hat eine Entschiedenheit angenommen, in der die Wiederaufnahme der normalen diplomatischen Beziehungen mit allen Staaten, insbesondere aber mit Sowjetrußland, verlangt wird. Von den Genossenschaften Tschechien werde erwartet, daß sie alles täten, um mit den Genossenschaften Sowjetrußlands in Beziehungen zu kommen.

Weiter wird die energische Durchführung des Rücktransports der Kriegsgefangenen aus Rußland gefordert und der Wunsch ausgesprochen, daß Deutschland allen aus politischen Gründen verfolgten Ausländern Asyl gewähre. Endlich sollten sofort alle kompromittierten Offiziere und Beamten der ungarischen Regierung ausgewiesen werden.

### Eine Schwankung der Rechtssozialisten.

In der Preussischen Landesversammlung ist von der sozialdemokratischen Fraktion folgender Antrag eingebracht worden:

„Die Preussische Landesversammlung möge beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin einzuwirken, daß sie in planmäßiger Fortsetzung ihrer bisherigen Außenpolitik auf friedliche und korrekte Beziehungen mit allen Staaten, insbesondere unseren Nachbarstaaten, hinarbeite. Unter der Voraussetzung, daß Sowjetrußland auf die Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse verzichtet, soll auch mit der Sowjetrepublik Rußlands die wirtschaftliche und diplomatische Beziehung möglichst reich wieder aufgenommen werden, ohne indessen den Charakter eines Bündnisses anzunehmen und den Frieden mit irgendwelchen anderen Staaten zu gefährden.“

Die Preussische Landesversammlung möge beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin einzuwirken, daß sie in planmäßiger Fortsetzung ihrer bisherigen Außenpolitik auf friedliche und korrekte Beziehungen mit allen Staaten, insbesondere unseren Nachbarstaaten, hinarbeite. Unter der Voraussetzung, daß Sowjetrußland auf die Einmischung in die innerdeutschen Verhältnisse verzichtet, soll auch mit der Sowjetrepublik Rußlands die wirtschaftliche und diplomatische Beziehung möglichst reich wieder aufgenommen werden, ohne indessen den Charakter eines Bündnisses anzunehmen und den Frieden mit irgendwelchen anderen Staaten zu gefährden.“

Die „Preussische Zeitung“ bemerkt nicht mit Unrecht, daß dieser Antrag wohl nur deshalb eingebracht worden ist, um mit dem vorher eingebrachten unabhängigen Antrag Schritt zu halten. Dieser Antrag verlangt bekanntlich die schleunige Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland, und zwar ohne Vorbehalte und Einschränkungen. Die rechtssozialistische Fraktion macht in ihrem Antrag zwei Vorbehalte: sie verlangt einen ausdrücklichen Verzicht auf Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse“ und lehnt ein Bündnis mit Sowjetrußland ab. Beide Vorbehalte sind so bezeichnend für den sozialbürgerlichen Charakter der rechtssozialistischen Politik, daß eine Kritik sich erübrigt. Selbst wenn die Rechtssozialisten unter dem Druck der Verhältnisse sich zu einem halbwegs vernünftigen Schritt entscheiden, legen sie Gewicht auf den Nachweis, daß sie sich innerlich nicht im geringsten gewandelt haben.

## Gegen die Unterdrückungspraxis.

Am Montag beschloffen die Vertreter der 50 Distrikte der Organisation der Unabhängigen Sozialdemokratie für die Kreise Merseburg und Querfurt eine Protesterklärung an den Reichsfiskus, in der festgestellt wurde, daß durch den ohne Grund und ohne Wissen aller Zivilbehörden verhängten Besetzungszustand allein die schaffende Bevölkerung, die kassenbewusste Arbeiterschaft getroffen wird. Sie weisen besonders darauf hin, daß die Land-, Berg-, Verkehrs- und Industriearbeiter der genannten Kreise sich dieser niederträchtigen Ausnahmehandlung, dieser grundlosen und verfassungswidrigen Rechts- und Schicksalsmacherei voll und ganz bewußt sind, aber andererseits auch, daß es die Arbeiterklasse ist, die letzten Endes die Grundlast bildet für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftlebens. Sie warnen die Regierung vor einer Überdehnung der Gewaltpraxis und fordern auf Grund der demokratischen Verfassung, im Interesse der Zukunft des gesamten Volkes, auf Grund der Bedeutung der Arbeiterklasse und ferner auf der Macht des kassenbewußten, organisierten Proletariats,

- die sofortige Aufhebung des Besetzungszustandes,
- die sofortige uneingeschränkte Freigabe der Presse,
- die Freilassung der politischen Gefangenen
- die Garantie der persönlichen Sicherheit und Freiheit.

das französische Heer durch einen Rückmarsch vom Feinde ab, um dann zu überraschendem Angriff gegen den nachdrängenden Heil zu wagen. Das Bild, das wir uns vom Feinde machten, traf nicht zu.

Die Taktik der Franzosen, die ihnen an der Marne die Überlegenheit gesichert hatte, bewährte sich auch in der Vertreibung, bewährte sich besonders im Stellungskrieg. Unser Reglement stand auf dem Standpunkt, daß grundsätzlich nur eine Stellung auszuwählen und zu besetzen sei.“ Die Truppen wurden in vorderster Linie in tiefen Unterständen untergebracht, die regelrechte Menschenfallen waren, denn das gesteigerte Artilleriefeuer richtete fürchterliche Verheerungen in diesen zusammengeballten Menschenhaufen an, und auch bei feindlichen Vorstößen erwiesen sich die tiefen Unterstände als fehlerhaft, da die Mannschaften nicht rechtzeitig genug herauskamen und so zu leicht eine Gefangenenbeute für den







Bedenkliche Auslegungsversuche des „Vorwärts“.

Bei den Verhandlungen der Nationalversammlung ist von Regierungsseite wiederholt betont worden, daß die gesetzlichen Betriebsräte das Mindestmaß von Vertretungs-

In Kreisen mit vorgeschrittener Arbeiterschaft und mit sozialpolitisch vorgeschrittenem Arbeitgebertum werden zweifellos weitere Aufgaben mit den Betriebsräten vereinbart werden können.

Eine inhaltlich mit dieser Erklärung übereinstimmende Bestimmung ist auch in der Begründung zur Regierungsvorlage enthalten. (Siehe Kommentar Kufhäuser, Anmerkung zu § 64.) Es bestand denn auch bisher kein Zweifel darüber, daß die §§ 62-64 (Sondervertretungen) den Weg offen lassen sollen, durch tariflich vereinbarte oder nach zu vereinbarenden Betriebsvertretungen einen Ersatz für die recht mangelhaften gesetzlichen Betriebsräte zu schaffen.

Ein Betriebsrat ist nicht zu errichten oder fort zu bestehen auf, wenn seiner Errichtung oder seiner Tätigkeit nach der Natur des Betriebes besondere Schwierigkeiten entgegenstehen und auf Grund eines für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages eine andere Vertretung der Arbeitnehmer des Betriebes besteht oder errichtet wird.

Das Gesetz läßt also zwei Fälle offen, in denen abweichend von den gesetzlichen Bestimmungen Sondervertretungen geschlossen werden können:

- 1. Wenn nach der Natur des Betriebes der im Gesetz vorgesehene Aufbau des Betriebsrats auf besondere Schwierigkeiten stößt, wie z. B. im Baugewerbe.
2. Wenn auf Grund eines als verbindlich erklärten Tarifvertrages eine andere Arbeitnehmervertretung besteht oder errichtet wird.

Der „Vorwärts“ legt nun, gestützt auf den Kommentar von Dr. Flatau, den Hauptwert auf das Wörtchen „und“, um mit besonderer Sophisterei zu erklären, daß die unter 1 und 2 genannten Voraussetzungen zusammenzutreffen müssen, wenn die außerrechtlichen Betriebsvertretungen zugelassen werden kann.

trungen gewaltiam unterbunden. Gegenüber dieser arbeiterfeindlichen Auslegung des Gesetzes verweisen wir nochmals nachdrücklich auf die Erläuterung von Kufhäuser, die in diesem Falle grundsätzlich auch durch den Kommentar von Schneider, dem Berichterstatter der Nationalversammlung, bestätigt wird.

„Es ist aber auch allgemein zulässig, durch Tarifvertrag eine anderweitige Vertretung zu vereinbaren.“

Ganz abwegig ist es schließlich, wenn der „Vorwärts“ darauf hinweist, daß nach § 106 nach dem Inkrafttreten des Gesetzes die vorhandenen Arbeiterräte, die bestehenden Arbeiter- und Angestelltenauschüsse zu bestehen aufhören. Die Verquickung dieses Paragraphen mit den hier zur Debatte stehenden tariflichen Sondervertretungen ist die reinste Willkür.

Betriebsrätekongress des Deutschen Textilarbeiterverbandes in Leipzig.

Am Sonntag und Montag tagte im Großen Saale des Leipziger Volkshauses der 1. Kongress der Betriebsräte- und Arbeiterauschüsse, den der Deutsche Textilarbeiterverband einberufen hatte.

Als erster Referent nahm dann Dohmisch-Augsburg das Wort und führte in einem kurzen Rückblick aus, wie die Betriebsräte entstanden seien. Er ging in einigen Einzelheiten auf das Betriebsrätegesetz ein und verglich es mit den früheren Arbeiterrechten.

Das Betriebsrätegesetz und die künftige Arbeit der Betriebsräte. Er begann mit dem Hinweis darauf, daß nur die Arbeiterschaft selbst den Kampf um ihre Befreiung mit Erfolg führen könne.

Die Schaffung der Betriebsdemokratie sei der erste Schritt, zu ihrer Verwirklichung müsse die Arbeiterschaft nach wie vor ihre ganze Kraft einsetzen. Der Gewerkschaftsbund habe durch seine Untätigkeit bei den Vorarbeiten für das Betriebsrätegesetz seine Pflicht schwer verletzt.

zu Organen der Revolution, zu Vorbereitungsorganen für die Sozialisierung umformen müsse. Wenn wir uns an der Wahl beteiligen, so tun wir es, um die Betriebsräte zu erobern und zu Kampforganen auszugestalten.

In der anschließenden Debatte

kam der Gegensatz zwischen den oppositionellen Gewerkschaftlern und denen der alten Richtung sogleich zum Ausdruck, da die Arbeiterfragen und die Behandlung der Revolutionsergebnisse, wie sie das Betriebsrätegesetz darstellt, nicht behandelt werden konnten, ohne die Tätigkeit der Regierung zu gefährden.

„Kaufverträge, Ein- und Ausführhandel, Rohstoffversorgung“

entgegen. Genosse Hilferding begann seine Ausführungen mit einer eingehenden Darlegung der Ursachen, die zur Geldentwertung geführt haben. Während die Reichsbank früher nur fiktive Noten, fiktive Geldscheine in Umlauf gesetzt habe, als erlöste Golddeckung dafür vorhanden gewesen sei.

Damit kam der Referent auf die schweren Verhältnisse kurz nach der Revolution zu sprechen. Es hätte sofort die jährl. Erfassung und weitgehende Eintragung der großen Kriegsvermögen erfolgen und sogleich eine große Vermögenssteuer erhoben werden müssen.

94 Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Mühlen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten veranlaßte es nicht im geringsten, in Rußland einzuwandern und das Volk seiner Freiheit zu berauben; er war gegen seinen Willen von den französischen Bankiers, englischen Grundbesitzern und den jungen Imperialisten Italiens dazu gezwungen worden.

Und nun kam ein armseliger unbekannter kleiner Sozialist daher und wollte den Plan, die Welt vom Kapitalismus zu sichern, vereiteln. Und dieser Kerl sagte, die Vorfahren des Präsidenten huldvoll zu nehmen, den Offizieren Trost zu bieten, sich mit verräterischen, verdrehten Schurken zu verbünden, den Geist der amerikanischen Soldaten zu vergiften, die Fasel der Embargo in Brand zu legen!

Es würde nötiger denn je, die mit dem Bolschewiki sympathisierenden zu entdecken und ihre Propaganda zu vernichten. Da das Joch Jimmies nicht die gewünschte

Wirkung ergeben hatte, wurde er in eine Einzelzelle gebracht und auf eine Diät von Brot und Wasser gesetzt. Auch dies war eine Fort-Lebensworth-Probier für die Ausrichtigkeit der Gewissen.

Jimmie wurde also auf die Fort-Lebensworth-Diät gesetzt. Alle Gefangenen wurden gebetet werden. Dieser Befehl wurde von den Kerkmännern so aufgefaßt, daß sie den Häftling mit ewigem Wasser begossen.

Jimmie hatte in seinem armen Leben gar manche Drangsale erlitten, doch waren sie niemals gar so nahe auseinander gesplittert. Sein Mut blieb aufrecht, Geist und Körper jedoch brachen zusammen.

„Rein Gott!“ — rief Grady — „er ist wahnsinnig geworden.“

„Er ist verrückt!“ — meinte Connor. „Aber gefahrlos!“ — sagte Berfins. Dann aber fiel ihnen ein, er simuliere vielleicht bloß. Es mußte diesen Sendboten Satans leicht fallen, vorzugeben, sie seien von Teufel besessen.

können. Er flüchtete die Pöbel, sobald jemand in seine Nähe kam, und mußte mit Schlägen bedrückt werden, damit man ihn in die Zwangsjacke stecken konnte.

VI.

So entkam Jimmie seinen Genossen. Nun weiß er nichts mehr von Kalentin, dem russischen Juden, könnte selbst, wenn er es wollte, das Geheimnis nicht verraten. Deshalb haben sie es auch angeheben, kein Gewissen weiterhin zu erproben, behandeln ihn gut und haben ihn eingeredet, er sei aus der Falle entkommen.

Er gehört zu der großen Zahl jener Wahnsinnigen, deren Verstand die Gewissenprobe der amerikanischen Militärmoral nicht zu ertragen vermochte. Der arme verrückte Jimmie Higgins wird nie mehr die öffentliche Ordnung stören, Jimmies Freunde und Anhänger jedoch, die keine Geschichte kennen, sind rasend geworden, sind von einer Tollwut befallen, die für die Gesellschaft weit gefährlicher ist.

Gott will, daß der Krieg währt, bis aller Reichtum, den die Sklaven in unentlohneter Arbeit in zweiwundernundfünfzig Jahren angehäuft haben, vernichtet ist, bis jeder Tropfen Blut, der unter Peitschenhieben floß, durch Wut bezahlt ist, das durch das Schwert vergossen wurde. Was vor dreißig Jahren galt, gilt heute noch: Das Gesicht des Herrn ist wahrhaftig und gerecht!





